

**16174/AB****vom 19.12.2023 zu 16660/J (XXVII. GP)****bmk.gv.at**

= **Bundesministerium**  
 Klimaschutz, Umwelt,  
 Energie, Mobilität,  
 Innovation und Technologie

**Leonore Gewessler, BA**  
 Bundesministerin

An den  
 Präsident des Nationalrates  
 Mag. Wolfgang Sobotka  
 Parlament  
 1017 W i e n

leonore.gewessler@bmk.gv.at  
 +43 1 711 62-658000  
 Radetzkystraße 2, 1030 Wien  
 Österreich

Geschäftszahl: 2023-0.757.857

. Dezember 2023

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Johannes Margreiter und weitere Abgeordnete haben am 19. Oktober 2023 unter der **Nr. 16660/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Aufforderungsschreiben nach §8 AHG gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2:

- Wie viele Aufforderungen nach § 8 Abs 1 AHG wurden in den Jahren 2020 bis 2022 an den Bund mit Zuständigkeit des BMK gerichtet?
- In welcher Höhe insgesamt wurden Ersatzansprüche geltend gemacht?

In den Jahren 2020 bis 2022 wurden 288 Aufforderungsschreiben an den Bund mit Zuständigkeit des BMK gerichtet.

Es wurden insgesamt Ersatzansprüche in Höhe von 2.615.914,42 € geltend gemacht.

Zu den Fragen 3 bis 6:

- Wie viele der geltend gemachten Ansprüche wurden innerhalb der 3-Monatsfrist mit welcher Gesamtsumme zur Gänze anerkannt?
- Wie viele der geltend gemachten Ansprüche wurden innerhalb der 3-Monatsfrist mit welcher Gesamtsumme zum Teil anerkannt?
- Wie viele der geltend gemachten Ansprüche wurden innerhalb der 3-Monatsfrist mit welcher Gesamtsumme zur Gänze abgelehnt?
- In wie vielen Fällen ist es im Anschluss an das Aufforderungsverfahren gemäß § 8 Abs 1 AHG zu einer gerichtlichen Geltendmachung der Ansprüche gekommen und mit welchen Gesamtsummen?

Bei der Beantwortung der Fragen wird um eine generelle Aufschlüsselung nach Jahren und nach Angelegenheiten unmittelbarer und mittelbarer Bundesverwaltung ersucht. Bei einer

*gegebenenfalls vorhandenen mittelbaren Bundesverwaltung wird zusätzlich um eine Aufschlüsselung nach Bundesländern ersucht.*

Aufgrund der Vielzahl der Aufforderungen ist die Einzelfallauswertung mit einem unverhältnismäßig hohen Verwaltungsaufwand verbunden. Daher können hierzu keine Angaben gemacht werden.

Leonore Gewessler, BA

